



Während im US-Kongress aufgrund des Mehrheitswahlrechts maximal zwei Parteien vertreten sind . . .

Krone KREATIV
Fotos: stock.adobe.com/sborisov, EdNurg, kubais

1 Bei uns kreuzt man auf dem Stimmzettel eine Parteiliste an. Nicht so in Amerika. Da werden ausschließlich Personen gewählt. In allen Wahlbezirken gilt das „The Winner Takes all“-Prinzip. Sehr frei übersetzt bedeutet das, dass überall jeweils der oder die Erstplatzierte als Sieger die ganze politische Beute bekommt. Es wird nur Repräsentant oder Senator, wer im jeweiligen Bezirk oder Einzelstaat vorne ist.

2 Alle anderen Kandidaten bekommen im Umkehrschluss genau gar nichts. Auch nicht, wenn irgendwer mit 49,9 zu 50,1 Prozent der Stimmen extrem knapp unterliegt. Dieses Wahlsystem führt zu einem Zweiparteiensystem. Damit ist nicht gemeint, dass es nur zwei Parteien gibt – Parteien existieren in den USA viele –, sondern dass nur Demokraten oder Republikaner die

Chance auf Regierungsmacht haben.

3 In der österreichischen Verhältniswahl sind hingegen alle Parteien, die mehr als vier Prozent der Stimmen erhalten, mit Abgeordneten im Nationalrat ver-

treten. Kleinparteien können dadurch genauso in eine Koalitionsregierung kommen. Eine kleinere Dritt-, Viert- oder Fünfterpartei in den USA, für deren Kandidaten vielleicht sogar zehn oder 20 Prozent der Wähler sind, verschwindet jedoch bis zur

nächsten Wahl komplett von der Bildfläche.

4 Gäbe es hierzulande das US-amerikanische Wahlsystem, so hätten Grüne und Neos wahrscheinlich überhaupt keine oder nur ganz wenige Abgeordnete.

Amerika wählt: Die Kongresswahlen als Blockadegefahr

In den USA finden übermorgen Kongresswahlen statt.

Ins amerikanische Parlament neu gewählt werden alle 435 Abgeordneten des Repräsentantenhauses und 35 der 100 Senatoren. Wie sieht das Wahlsystem aus? Worum geht es politisch? Was ist alles anders als in Österreich?



PROF. PETER FILZMAIER

Filzmaier analysiert

Peter Filzmaier ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität für Weiterbildung Krets und der Karl-Franzens-Universität Graz.

... ist das österreichische Parlament aufgrund des Verhältniswahlrechts deutlich „bunter“.

Sie kämen niemals in die Regierung. Weil sie trotz Achtungserfolgen kaum einen Wahlbezirk gewinnen würden. Ihnen würde das gleiche Schicksal wie den grünen und liberalen Parteien in den USA drohen: Aufgrund des Wahlrechts sind sie ohne jedwede bundespolitische Bedeutung.

5 Nicht vergessen werden darf, dass in den USA übermorgen zugleich alle Regionalparlamente und in 36 der 50 Einzelstaaten die Gouverneure gewählt werden. Was bedeutsamer als in Österreich ist. Obwohl wir gerne von der angeblichen Allmacht der Länder und Landeshauptleute sprechen, werden wichtige Gesetze bei uns immer auf Bundesebene gemacht. In den Vereinigten Staaten von Amerika entscheiden aber die Einzelstaaten sogar über Zahl und Höhe der Steuern. In den Konföderationsartikeln als Verfassungsvorläufer waren nicht einmal die Währung und eine

gemeinsame Armee Bundes-sache.

6 Zurück zum nationalen Kongress: Derzeit hat die Demokratische Partei im Repräsentantenhaus eine Mehrheit von 222 zu 213 Sitzen, im Senat verfügen sie und die Republikaner über je 50 Mandate. In so einer Patt-situation entscheidet die Stimme der Vizepräsidentin Kamala Harris, die Demokratin ist. Das ist wichtig, weil für Dienstag allgemein erwartet wird, dass nach der Wahl die Republikaner – zu denen auch Donald Trump gehört – zumindest im „Haus“ die Mehrheit übernehmen.

7 Für die Zeit danach gibt es allerdings einen großen Unterschied zu Österreich: In der Alpenrepublik könnte ein Regierungschef durch ein politisches Misstrauensvotum abgewählt werden, wenn sich die

Mehrheitsverhältnisse im Parlament ändern. Das ist in den USA unmöglich. Die Logik dahinter sieht so aus: Präsident Joe Biden wurde 2020 für vier Jahre gewählt, warum sollte er also gehen müssen, bloß weil nun andere Politiker in den Kongress kommen als vor zwei Jahren?

8 Hat aber die Republikanische Partei die Mehrheit im Kongress, so bedeutet das viel politischen Gegenwind für Biden. Der Präsident kann sowieso keine Gesetze machen und formal diese nicht einmal vorschlagen, sondern ist auf die Parlamentarier angewiesen. Ist man einander spinnefeind, so bringt der Demokrat Biden bis 2024 gegen die Republikaner kein einziges politisches Vorhaben mehr durch.

9 Weil umgekehrt der Präsident jedes Gesetz

unterschreiben müsste und ein Vetorecht hat, das lediglich mit einer sehr unwahrscheinlichen Zweidrittelmehrheit über-stimmbar wäre, droht sogar eine komplette Blockadesituation in der Politik der USA als vermeintlich größter Supermacht der Welt.

10 Das führt zu einer traurigen Gemeinsamkeit von Politikern und Parteien in den USA und Österreich. Es wird ihnen nicht vertraut. In Österreich sind erschütternde 15 Prozent mit der Politik zufrieden. In den USA glauben traurige um die 20 Prozent, dass sich die Dinge im Land politisch in die richtige Richtung entwickeln. Wahlsieger bekommen natürlich mehr Stimmenprozent, doch wird offenbar da wie dort das kleiner erscheinende Übel gewählt.